

## Niederschrift

über die 18. Sitzung des Sozialausschusses am 10.04.2014  
(9. Wahlperiode)

## Tagesordnung

Seite

<b>Öffentliche Sitzung</b> .....	4
<b>1 Rotary Integrationsprojekt "Denkspielplatz" in Kooperation mit dem Mütterzentrum der AWO - Vortrag des RC Meerbusch und Auftritt der Kinder</b> .....	4
<b>2 Sozialpädagogische Betreuung der Asylbewerber in Meerbusch - Bericht der Caritas Sozialdienste und der Diakonie Meerbusch</b> .....	5
<b>3 Unterbringung von Asylbewerbern in Meerbusch - Entwicklung der Fallzahlen Vorlage: FB2/249/2014</b> .....	6
<b>4 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung Vorlage: FB2/250/2014</b> .....	6
<b>5 Anträge</b> .....	7
<b>6 Anfragen</b> .....	7
<b>7 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle</b> .....	8
<b>8 Termin der nächsten Sitzung: 17. September 2014</b> .....	9
<b>9 Verschiedenes</b> .....	9

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:15 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzender**

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

**von der CDU-Fraktion**

Herr Herbert Becker Ratsmitglied Vertretung für Frau Gabriele Pricken bis 18.25 Uhr, TOP 3

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Frau Marlies Homuth-Kenklied Ratsmitglied Vertretung für Frau Helga Hermanns

Frau Nicole Joliet-Heising Ratsmitglied

Herr Bernd Parys Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied anwesend ab 18.25 Uhr, TOP 3

Herr Peter Vossen Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Hermann Müsch bis 18.50 Uhr, TOP 6

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Frau Barbara Büchner Ratsmitglied

Frau Helga Dapprich Ratsmitglied

Frau Kathleen Gewiß Sachkundige Bürgerin Vertretung für Frau Katja Giesen

Herr Christian Kohnen Sachkundiger Bürger

**von der SPD-Fraktion**

Frau Margret Abbing Sachkundige Bürgerin anwesend bis 18.20 Uhr, TOP 3

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

Herr Joris Mocka Sachkundiger Bürger

**von der UWG-Fraktion**

Herr Josef Gather Sachkundiger Bürger

**Beratende Mitglieder**

Herr Albert Güllmann Seniorenbeirat

Herr Wilfried Pahlke Evangelische Kirchengemeinde

**von der Verwaltung**

Frau Angelika Mielke-Westerlage Erste Beigeordnete

Herr Peter Annacker Bereichsleiter Fachbereich 2

Frau Beatrix Dreyer Fachbereich 2

**Schriftführerin**

Frau Bettina Scholten Fachbereich 2

**Gäste**

Herr Albrecht Hassel Rotary Club Meerbusch

Frau Ute Bishop

Frau Ulrike Bongartz

Frau Maria Reinprecht-Kokkinis

Frau Gaby Trockel

Diakonie Meerbusch

Caritas Sozialdienste Rhein-  
Kreis Neuss GmbH

Caritas Sozialdienste Rhein-  
Kreis Neuss GmbH

Caritas Sozialdienste Rhein-  
Kreis Neuss GmbH

es fehlen:

**von der CDU-Fraktion**

Frau Helga Hermanns

Herr Hermann Müsch

Ratsmitglied

Sachkundiger Bürger

**von der FDP-Fraktion**

Frau Katja Giesen

Ratsmitglied

Vorsitzender Focken begrüßt die Ausschussmitglieder sowie die anwesenden Gäste. Er eröffnet die 18. und letzte Sitzung des Sozialausschusses in der laufenden Wahlperiode und stellt die form- und fristgerechte Einladung des Ausschusses fest. Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1 Rotary Integrationsprojekt "Denkspielplatz" in Kooperation mit dem Mütterzentrum der AWO - Vortrag des RC Meerbusch und Auftritt der Kinder**

Herr Albrecht Hassel, Präsident des Rotary Clubs Meerbusch, bedankt sich zunächst herzlich für die Gelegenheit das Projekt „Denkspielplatz“ den Anwesenden vorstellen zu dürfen.

Im Anschluss daran bringen die jungen Damen Büsra Yazici, Beydanur Yazici, Valeria Kratts und Farida Ibrahim, allesamt Teilnehmerinnen des Musikurses „Mein Lieblingsstück“ des AWO Mütterzentrums, unter Leitung der Musikdozentin Lisanna Kistemaker zwei ihrer Stücke (Gesang und Gitarrenbegleitung) zum Vortrag.

Ausschussvorsitzender Focken bedankt sich bei den Vortragenden für den sehr gelungenen Auftritt und erteilt Herrn Hassel erneut das Wort.

Herr Hassel gibt zunächst einige einführende Erläuterungen über die von ihm vertretene Organisation. Insgesamt 1,2 Millionen Menschen mit den unterschiedlichsten kulturellen und beruflichen Hintergründen engagieren sich weltweit in freundschaftlicher Verbundenheit in Rotary Clubs. Neben den lokalen Projekten der einzelnen Clubs zur Unterstützung des Gemeinwesens, würden durch den Dachverband Rotary International auch großangelegte Projekte wie beispielsweise Polio plus – eine internationale Kampagne zur Ausrottung der Kinderlähmung – finanziert. Es sei jedoch ein Anliegen des Rotary Club Meerbuschs seine Unterstützung zu 100% in lokale Projekte und zwar vorrangig zur Überwindung kultureller Spannungen zu investieren. Vor diesem Hintergrund habe man sich für eine nachhaltige Unterstützung des am Mütterzentrum der AWO angesiedelten Projektes „Denkspielplatz“ entschieden. Herr Hassel führt weiter aus, dass sich das bürgerschaftliche Engagement nicht allein auf die Integrationsarbeit in den Familien beschränken dürfe, vielmehr müsse sich auch die Gesellschaft den Bedürfnissen der Menschen mit Migrationshintergrund öffnen. Insofern wolle man das Projekt ins öffentliche Licht rücken, das Leistungsspektrum darstellen und eine Plattform zur Präsentation bieten. Auch wolle man die GWH neben der Stadt und der AWO als weiteren Kooperationspartner gewinnen.

Der Rotary Club Meerbusch engagiere sich mit jährlich 22.000,00 € sowie durch ehrenamtliches Engagement an dem Projekt. Weitere Informationen zum „Denkspielplatz“ sind der als Anlage 1 beigefügten Präsentation zu entnehmen.

Ausschussvorsitzender Focken bedankt sich für die Ausführungen und das Engagement des Clubs; das Projekt sei ein Beispiel gelebter Integration.

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage ergänzt, dass die Stadt seit 2010 jährlich 21.000,00 € für das Mütterzentrum bereitstelle, zudem werde bis zum Ende des laufenden Jahres auch eine Vollzeitstelle durch die Stiftung Aktion Mensch gefördert. Nach dem Wegfall dieser Förderung wolle die Stadt die bisher für die Aktivitäten des Vereins AVP zur Verfügung gestellten Mittel, die infolge des Auslaufens der Kooperation dafür nicht mehr benötigt würden, ebenfalls dem Mütterzentrum zur Verfügung stellen. Ferner versuche das Mütterzentrum auch zukünftig Fördermöglichkeiten aus Landes-, Bundes- oder Stiftungsmitteln auszuschöpfen.

Schließlich bedankt sich auch Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage nochmals ausdrücklich für die umfangreiche Unterstützung des Meerbuscher Clubs für ein lokales Projekt. Ratsfrau Niegeloh schließt sich dem Dank für das imposante Engagement an und bittet diesen auch an die Kameradenfreunde weiterzugeben.

## **2 Sozialpädagogische Betreuung der Asylbewerber in Meerbusch - Bericht der Caritas Sozialdienste und der Diakonie Meerbusch**

Ausschussvorsitzender Focken stellt die Damen Bongartz, Trockel und Reinprecht-Kokkinis (Caritas Sozialdienste GmbH Rhein-Kreis Neuss) sowie Frau Bishop (Diakonie Meerbusch) vor.

Zu Beginn des Vortrages nimmt Frau Bongartz Bezug auf die bundesweit steigenden Fallzahlen und die auch anderenorts infolgedessen ausgeschöpften Kapazitäten im Asylbereich. Der Beratungsaufwand sei infolge der höheren Fallzahlen und der damit verbundenen höheren Fluktuation in den Unterkünften deutlich gestiegen. Die Tätigkeit beschränke sich insofern weitestgehend auf eine Einzelfallberatung mit einem allerdings sehr weitgefächerten Themenspektrum. Schließlich verdeutlicht Frau Bongartz die Aufgaben der Flüchtlingsberatung sowie aktuelle Problembereiche anhand einer Folienpräsentation, die der Niederschrift beigelegt ist (Anlage 2).

Im Anschluss daran ergänzen die anwesenden Kolleginnen die Ausführungen und beantworten gemeinsam die Fragen aus dem Ausschuss.

Als besonders nachteilig werden die eingeschränkten Möglichkeiten einer qualifizierten Sprachförderung hervorgehoben. Da infolge verbindlicher Regelungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge eine Teilnahme von Asylbewerbern an den Integrationskursen nicht mehr zulässig ist, fehle es an geeigneten Sprachförderkursen, die insbesondere auch den unterschiedlichen Kenntnisständen der Flüchtlinge gerecht werden könne. In diesem Zusammenhang ergänzt Frau Reinprecht-Kokkinis, die Integrationskurse seien in erster Linie für Drittstaatler vorgesehen seien, so dass selbst Bürger aus den EU-Staaten nur eingeschränkt Zugang zu diesen Kursen bekämen. Seitens des Bundes sei nach ihrer Einschätzung keine Veränderung zu erwarten. Nach Auskunft von Frau Bishop fehle es zudem auch an Alphabetisierungskursen.

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage informiert über ein mit der AWO Mönchengladbach geplantes zusätzliches Sprachförderangebot. Diesbezüglich stünde aber noch die notwendige Zertifizierung aus. Bezüglich der Asylbewerberunterkünfte sei in Kooperation mit Frau Weinknecht vom Mütterzentrum sowie verschiedenen Ehrenamtlern in beiden Übergangwohnheimen ein niedrigschwelliger Sprachkurs etabliert worden.

Wünschenswert wäre nach Aussagen der Fachkräfte allerdings eine Organisation in Form von Intensivkursen mehrmals wöchentlich. Ausschussvorsitzender Focken schlägt hierzu vor, eine überregionale Lösung auf Kreisebene anzustoßen. Dies könne beispielsweise durch die Kreistagsabgeordneten oder auf der Sozialdezernentenebene geschehen.

Bezüglich angesprochener fehlender Kindergartenplätze bestätigt Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage den noch bestehenden Engpass in Lank, der zum Jahresende durch die im Bau befindliche neue Einrichtung allerdings nicht mehr bestehen sollte. Auch in anderen Ortsteilen, insbesondere in Strümp, sei der Ausbau der Kindertagesbetreuung noch nicht abgeschlossen. Inwieweit sich das Auslaufen der Hauptschule auf die Versorgung der Schulkinder im Asylbereich auswirkt ist noch nicht absehbar. Zuständig für die Unterbringung der Kinder an Grundschulen und weiterführenden Schulen ist das Kommunale Integrationszentrum des RKN.

Eine von Frau Bongartz angesprochene Zwangsprostitution von Frauen aus den Unterkünften wie auch die Zunahme organisierter Kriminalität im Zusammenhang mit den dort untergebrachten Personen, ist der Verwaltung nicht bekannt. Diesbezüglich erläutert Frau Dreyer, dass die Anzeigen über kriminelle Handlungen der Personen im Regelfall auch nicht der Stadt, sondern der Ausländerbehörde zur Kenntnis gegeben würden, da sich diese gegebenenfalls negativ auf den Aufenthaltsstatus der straffälligen Personen auswirken können.

Auch die Bedeutung und die Möglichkeiten von ehrenamtlicher Unterstützung der Asylbewerber wird thematisiert. Frau Bishop bestätigt diesbezüglich, dass schon ehrenamtliche Helfer in ganz unterschiedlicher Weise für die Asylbewerber im Einsatz sind.

### **3 Unterbringung von Asylbewerbern in Meerbusch - Entwicklung der Fallzahlen** **Vorlage: FB2/249/2014**

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage berichtet von weiter steigenden Fallzahlen im Asylbereich. Interessant sei, dass die größte zugewanderte Personengruppe nicht, wie laut Presseberichterstattung zu vermuten, die der Syrer, sondern nach wie vor die der Serben sei.

Unter Berücksichtigung der noch freien Plätze in den Übergangwohnheimen und der zusätzlichen Kapazitäten durch die bereits beschlossene Mitnutzung der städtischen Obdachlosenunterkünfte seien derzeit noch ausreichende Kapazitäten für die Unterbringung vorhanden. Zwischenzeitlich seien auch schon Personen aus den Asylbewerberunterkünften zur Strümper Straße gezogen. Allerdings müsse man bei der Belegung, wie ja bereits bekannt, auch die Besonderheiten des Einzelfalles, insbesondere die unterschiedlichen kulturellen Hintergründe wie auch gesundheitliche Aspekte, berücksichtigen.

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage hebt in diesem Zusammenhang nochmals hervor, dass es bislang trotz der hohen Belegungsdichte in den Häusern nicht zu nennenswerten Problemsituationen oder Unruhen in der Anwohnerschaft gekommen ist. Dies sei insbesondere auf die bestehenden Rahmenbedingungen, insbesondere den Einsatz der Hauswarte sowie des Wachdienstes zurückzuführen, so dass man an dieser Form der Betreuung auch zukünftig festhalten wolle.

Derzeit leben in den beiden Unterkünften insgesamt 28 Kinder und Jugendliche, davon 16 Kinder im Alter von 0-6 Jahren, 8 Kinder im Alter von 7 – 13 Jahren und 4 Jugendliche im Alter von 14 – 17 Jahren.

Auf Anfrage erläutert die Erste Beigeordnete, dass die Zuweisungen, die nach dem Königsteiner Schlüssel erfolgten, weiterhin nicht vorhersehbar seien und man sich diesbezüglich nur im rein spekulativen Bereich bewege. Das Verfahren und auch die damit verbundenen Kosten, insbesondere auch der Krankenhilfe, werde zwar landesweit beklagt, eine Änderung sei aber nicht absehbar. In diesem Zusammenhang informiert Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage über aktuelle Krankenhilfefälle und die damit verbundene Kostenbelastung.

### **4 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** **Vorlage: FB2/250/2014**

Der Ausschuss nimmt die weiterhin steigenden Fallzahlen im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zur Kenntnis. Zu welchen Teilen dieser Anstieg auf eine Zunahme des anspruchsberechtigten Personenkreises oder auf einer stärkere Inanspruchnahme durch berechtigte Personen beruht, ist nicht nachvollziehbar.

## 5 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

## 6 Anfragen

### **6.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 27. März 2014 – Mobiles soziales Beratungsbüro**

Die Anfrage wird von der Unterzeichnerin, als zuständige Abteilungsleiterin für die Planung und Umsetzung des mobilen Beratungsbüros, wie folgt beantwortet:

#### **1. Seit welchem Zeitpunkt wurde durch die Verwaltung an dem Thema „Mobiles Beratungsbüro“ gearbeitet?**

Im April 2013 hatten MA des Sozialbereiches die Idee, bestehende Beratungsleistungen aus dem Aufgabenspektrum des Sozialbereiches, welches ältere Menschen betrifft, auch in den Ortsteilen Meerbusch anzubieten, in denen die Verwaltung nicht präsent ist. Mit Mail vom 17.04.2013 erfolgte eine Bedarfsabfrage bei den Bürgervereinen, die ein solches Angebot begrüßten.

Das stundenweise dezentrale Beratungsangebot wurde zunächst nicht weiterverfolgt, da eine Sachbearbeiterin des Sozialbereiches zur Pflege eines Elternteils eine Beurlaubung erwogen hatte. Anfang 2014 haben sich die MA mit der konkreten inhaltlichen und organisatorischen Ausgestaltung des Angebotes beschäftigt und sich mit Schreiben vom 5. Februar 2014 hinsichtlich der Bereitstellung von Räumen in Strümp und Bösinghoven an die Pfarrei Hildegundis von Meer gewandt. Die Zusage von dort erfolgte am 20.03.2014, so dass das mobile Beratungsbüro im April seine Arbeit aufnehmen kann.

#### **2. Welches Personal wurde für diese Arbeit gebunden?**

Beim mobilen Angebot werden lediglich bestehende Beratungsleistungen mit einem geringen Stundenansatz an weiteren Stellen angeboten. Von daher erfolgte keine nennenswerte Personalbindung, die Vorbereitung wurde innerhalb der regulären Dienstzeit getroffen.

#### **3. Ist der Seniorenbeirat in die Beratungen und Planungen eingebunden gewesen?**

Nein.

#### **4. Warum wurde der Sozialausschuss nicht frühzeitig über das Projekt und dessen Beginn informiert?**

Es handelt sich um eine organisatorische Maßnahme ohne nennenswerte fiskalische Auswirkungen, eine Sozialausschusssitzung, in der die Verwaltung unter Verschiedenes berichtet hätte, hat nicht stattgefunden.

#### **5. Wie hoch ist der Personalaufwand für das sogenannte „Mobile Beratungsbüro“?**

Die Beratung findet einmal monatlich an 4 Standorten für jeweils 2 Stunden statt, bei der die Mitarbeiterin lediglich ihren Einsatzort wechselt. Nur durch Fahrzeiten ergibt sich ein zusätzlicher Zeitaufwand.

#### **6. Mit welchen Kosten wird dieses zusätzliche Angebot den Haushalt der Stadt Meerbusch belasten?**

Betriebskosten für die Benutzung des Dienstfahrzeuges.

**7. Ist daran gedacht, das Angebot nicht nur für Senioren, sondern für alle Bevölkerungsschichten vorzuhalten?**

Nein, da sich das Angebot inhaltlich auf die Zielgruppe ältere und behinderte Menschen bezieht.

Nach Beantwortung der Anfrage wird diese von Ratsfrau Niegeloh nochmals begründet. Vor dem Hintergrund der anstehenden Kommunalwahlen sowie der Bürgermeisterkandidaturen, habe die SPD infolge der Presseberichterstattung noch Informationsbedarf in der Sache gehabt. Durch das Fehlen der grundlegenden Informationen, auch im Sozialausschuss, habe man der Politik die Möglichkeit genommen, das Angebot auf eine breite Basis zu stellen und in haushalts- und personalrelevanten Aspekten hinreichend zu begleiten.

Vertreter von CDU, Bündnis 90/Die Grünen sowie der FDP befürworten das Angebot des mobilen sozialen Beratungsbüros. Das Engagement und die Eigeninitiative der Verwaltung, ein solches Angebot zu initiieren und mit vorhandenen Ressourcen zu realisieren, werden mehrheitlich deutlich positiv bewertet.

Über die Inanspruchnahme des Angebotes wird die Verwaltung den Ausschuss zu gegebener Zeit informieren.

## **7 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle**

### **7.1 Wahl des Integrationsrates**

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage informiert über 8 vorliegende Kandidaturen für den Integrationsrat.

### **7.2 Bildungs- und Teilhabegesetz**

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage informiert darüber, dass die Zahl der im Rahmen des bildungs- und Teilhabegesetzes gestellten Anträge von 812 im Jahr 2012 auf 1.108 im Jahr 2013 gestiegen sei.

### **7.3 Schlüssiges Konzept**

Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage informiert über die Aktualisierung des schlüssigen Konzeptes des RKN zur Festlegung der Mietobergrenzen für die Bedarfe der Unterkunft. Eine ausführlichere Information dazu erfolgt im Rahmen der nächsten Sitzung.

### **7.4 Ehrenamtskarte**

Laut Information der Ersten Beigeordneten seien seit Einführung Ende 2009 insgesamt 209 Ehrenamtskarten ausgegeben worden, davon 146 an Männer und 63 an Frauen. Die überraschend hohe Anzahl männlicher Karteninhaber sei auf die ehrenamtlichen Feuerwehrleute zurückzuführen.



**7.5 Interessensbekundung zur Teilnahme am Projekt des LVR:  
„Teilhabe ermöglichen - Kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut“**

Bereits im Jahr 2011 habe die Stadt Meerbusch ihr Interesse zur Teilnahme am o.g. Projekt bekundet, sei jedoch damals nicht zur Teilnahme zugelassen worden. Die Stadt habe nun erneut ihr Interesse am Projekt gegenüber dem LVR bekundet. Konzeptionell solle insbesondere die Arbeit des AWO Mütterzentrums weiter ausgebaut und stadtwweit angelegt werden.

**8 Termin der nächsten Sitzung: 17. September 2014**

**9 Verschiedenes**

**Wohnungsvermittlung Asylbewerber**

Ratsfrau Büchner erkundigt sich nach den Erfolgen der Wohnungsnothilfe bezüglich der Vermittlung der Asylbewerber in regulären Wohnraum; da im letzten Ausschuss des vergangenen Jahres die zuständige Mitarbeiterin der Caritas deutlich auf bestehende Schwierigkeiten hingewiesen habe. Erste Beigeordnete Mielke-Westerlage teilt mit, dass man zwischenzeitlich durchaus Erfolge verzeichnen können. Auch sei die Stadt mit der GWH in Abstimmungsgesprächen bezüglich Vorhaben zur sozialen Wohnraumförderung. Hier zeichne sich die Bereitstellung von Sozialwohnungen ab, für die die Stadt dann auch ein Belegungsrecht hätte. Dabei sei man bemüht eine Lösung zu finden, die auch zur Bereitstellung von Räumen in bedarfsgerechter bzw. angemessener Größe führe.

Zum Ende der Sitzung fasst Ausschussvorsitzender Focken die Arbeit des Ausschusses nochmals wie folgt zusammen:

In insgesamt 21 - davon 3 gemeinsame - Sitzungen habe sich der Sozialausschuss mit 32 Vorträgen und 67 Beratungs- und Informationsvorlagen befasst. Gleich zu Beginn der Ausschussarbeit habe man sich mit der erfolgreichen Fragebogenaktion im Rahmen der Projektes „Aktiv im Alter“ beschäftigt. Der Ausschuss habe die Gründung der ZWAR-Gruppen wie auch des Seniorenbeirats und des Runden Tisches Meerbusch Barrierefrei begleitet. Ferner seien während der Wahlperiode u.a. die Beschaffung der Seniorenfitnessgeräte, die ersten beiden Sozialberichte wie auch die Durchführung der Seniorenmesse erörtert worden.

Angesichts dieser Themenvielfalt habe ihm die Arbeit als Ausschussvorsitzender viel Spaß bereitet. Er bedankt sich bei den Anwesenden für die gute Zusammenarbeit, schließt die Sitzung und lädt im Anschluss herzlich zu einem kleinen Umtrunk ein.

Meerbusch, den 15. April 2014

---

Hans Günter Focken  
Ausschussvorsitzender

---

Bettina Scholten  
Schriftführer/in